

paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 495 G

13. Juli 2013

38. Jahrgang

Die Sandmännchen vom Energietisch

Der Berliner Senat wäre gut beraten, wenn er dem Vorschlag von Innensenator **Frank Henkel** (CDU) am kommenden Dienstag folgt, und den Volksentscheid über die Rekommunalisierung des Stromnetzes und der Schaffung eines Stadtwerkes auf den 3. November legt und nicht zur Bundestagswahl am 22. September. Ich möchte mich am 22. September auf die Bundespolitik konzentrieren und nicht noch mit einem – aus meiner Sicht – völlig unsinnigen Volksentscheid belästigt werden. Dass man **Frank Henkel** jetzt vorwirft, sich 2009 bei „ProReli“ für den Abstimmungstermin gemeinsam mit der Europawahl eingesetzt zu haben, ist lächerlich. „Man braucht nicht immer denselben Standpunkt zu vertreten, denn niemand kann einen daran hindern, klüger zu werden.“ Diese Weisheit stammt von unserem ersten Bundeskanzler **Konrad Adenauer** (1876-1967), und hat bis heute Bestand.

Die Opposition schimpft vor sich hin, natürlich. Und der „Berliner Energietisch, der das Volksbegehren für ein landeseigenes Stadtwerk und den Rückkauf des Stromnetzes organisiert, reagierte empört“, lesen wir im TAGESSPIEGEL. Mich empören ganz andere Vorgänge in Zusammenhang mit diesem Volksentscheid, nämlich dass die Initiatoren wie Sandmännchen durch die Stadt laufen und den Bürgern die Sicht vernebeln. Offenbar haben die Energietischler „das gesamte Verfahren auf den Termin der Bundestagswahl ausgerichtet.“ So jedenfalls wird **Michael Efler**, Vertrauensperson des Energietischs, im TAGESSPIEGEL zitiert. Er wirft dem Innensenator vor, „Politikverdrossenheit zu schüren und die Glaubwürdigkeit repräsentativer Demokratie zu untergraben.“ Haben Sie es auch ein bisschen kleiner, Herr Efler? In der Abendschau schimpfte er weiter, gab aber neben Moderator **Sascha Hingst**, der genau die richtigen Fragen nach dem Sinn des Volksentscheides stellte, eine äußerst unglaubwürdige Figur ab. Auf reinen Populismus getrimmt tat der Aktivist so, als gehe es um die Zukunft der Energieversorgung, als stehen wir quasi kurz vor dem Zusammenbruch des Stromnetzes und nur ein Stadtwerk könne für eine energetische Gebäudesanierung sorgen. Der Energietisch schürt Ängste, die völlig unbegründet sind. Das ist der eigentliche Skandal in dieser Geschichte und darüber sollte man sich empören.

Da kommt Herr Efler mit Erkenntnissen her, die besagen, dass mit dem Netz Geld verdient wird. Darauf wäre ich nie gekommen. Ja, man muss damit Geld verdienen, um es am Laufen zu halten. 280 Millionen Euro gibt Vattenfall jährlich für den Erhalt der Netze aus. 70 Prozent davon

kommen, trotz europaweiter Ausschreibung, Berliner und Brandenburger Unternehmen zugute. 1.200 Vattenfallmitarbeiter sorgen rund um die Uhr dafür, dass aus unseren heimischen Steckdosen Strom kommt. 800 weitere Mitarbeiter in Dienstleistungsunternehmen arbeiten daran, dass die Leitungen funktionsfähig bleiben. Nicht erwähnt wird, dass Berlin rund 140 Millionen Euro jährlich allein dadurch verdient, dass die Kabel im Boden liegen dürfen. Warum soll man ein funktionierendes System aufgeben und vermutlich Milliarden investieren, um zwei Landesbetriebe aufzubauen? Mit völlig ungewisser Zukunft bezüglich eines der Ziele, nämlich den Strompreis zu senken.

Efler holte in der Abendschau die ganz große Totschlagargumentationskeule heraus, als er sagte, dass das von Vattenfall in Berlin verdiente Geld in der schwedischen Staatskasse lande. Und damit finanziere Vattenfall Atomkraftwerke. Da kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als habe Herr Efler seine Finger zu lange in die Steckdose gehalten. Purer, undifferenzierter Populismus und Weglassung dessen, was auch mit den Erlösen geschieht, nämlich Arbeitsplätze sichern und Investitionen vornehmen, an denen die Region mitverdient.

Käme der Energietisch mit seinem Volksentscheid durch, muss Berlin erst einmal viele Millionen, vielleicht sogar Milliarden aufbringen, um die Wolkenkuckusheime zu finanzieren. Die Kostenschätzung der Initiatoren des Volksentscheids liegt bei rund 400 Millionen Euro für den Erwerb des Netzes mit allem, was dazu gehört. Die amtliche Schätzung liegt zwischen zwei bis drei Milliarden Euro. Keine Hürde für Berlin.

Der Tagesspiegel hat am 25. Februar 2013 ein Streitgespräch zwischen dem Vattenfall-Chef **Dr. Helmar Rendez** und dem Sprecher des Energietischs, **Stefan Taschner**, veröffentlicht. Schon in der Beantwortung der ersten Frage, die Herrn Taschner gestellt wurde, ist dieser bei mir unten durchgefallen.

„Warum wollen Sie Vattenfall bei der bevorstehenden Ausschreibung unbedingt das Stromnetz wegnehmen?“, fragt der Tagesspiegel. Antwort Taschner: „Warum soll man den Maler kommen lassen, wenn man seine Wohnung selber streichen kann?“ Diese Antwort verrät eine bestimmte Geisteshaltung, die gesellschaftspolitisch äußerst fragwürdig und geradezu eine Beleidigung des Malerhandwerks ist. Taschner tut so, als könne das jeder, ohne Ausbildung. Und so kann auch jeder ein Energieunternehmen betreiben. Was geht in den Köpfen dieser Leute eigentlich vor?

„Vergessen Sie nicht“, sagt **Helmar Rendez** im Tagesspiegel Interview, „wer die Konzession erhält, kauft Kabel in der Erde, aber keine Mitarbeiter.“ Und an Taschner gewandt: „Sie sollten den Berlinern sagen, dass man mit dem Stromnetz weder Energiepolitik machen noch Strompreise senken kann. So wie Sie auch sagen sollten, dass Ihr ebenfalls geplantes kommunales Stadtwerk der 317. Stromanbieter in Berlin wäre.“ Da inzwischen ein Anbieter im wahrsten Sinne des Wortes vom Netz ist, wäre es nur noch die laufende Nr. 316.

Beim Kaufpreis der Netze, ob nun 400 Millionen oder drei Milliarden, kämen natürlich noch Investitionen hinzu. „Ich als Bürger frage mich, ob die Stadt ihr Geld nicht lieber für Kitaplätze, Schulsanierung oder Straßenreparaturen ausgeben sollte statt für den Kauf des Stromnetzes. Das sollten die Berliner auch bedenken“, sagt der Vattenfall-Chef im Tagesspiegel-Gespräch.

Der Sündenfall ist lange her, als Berlin Teile der Wasserbetriebe und das gesamte Stromnetz verkaufte. Ob es damals eine Alternative für das klamme Berlin gegeben hätte, ist müßig zu ergründen. Und ob das Defizit Berlins ohne die Verkäufe höher oder niedriger als 65 Milliarden wäre, auch.

Berlins Wirtschaftssenatorin **Cornelia Yzer** (CDU) hat sich erfreulich klar zu dem Vorgang im TAGESSPIEGEL geäußert. „Die, die Erfahrung haben, sind gegen einen Kauf. Wer Luftschlöser baut, ist dafür“, sagte Yzer dem TAGESSPIEGEL. Die Senatorin warnte vor „kostspieligen Experimenten“. Selbst wenn das Netz nur eine Milliarde Euro kosten sollte, sei der Mehrwert für die Stromverbraucher nicht erkennbar. „Wer glaubt, in der öffentlichen Hand werde alles preiswerter und ökologischer, der täuscht sich“, sagte die Wirtschaftssenatorin dem TAGESSPIEGEL. Auch gegenüber der Einrichtung eines Stadtwerkes zeigt sie sich skeptisch. „Mir hat noch niemand einen Businessplan für ein Stadtwerk gezeigt. Es ist überhaupt nicht klar, wie das funktionieren soll.“, sagte Yzer.

Die Zeit zurückzudrehen, bringt uns nicht weiter. Im Interesse der Stadt und ihrer Einwohner kann man nur inständig hoffen, dass der Volksentscheid scheitert und die Hülle „Berlin Energie“ nicht den Zuschlag für die Netzbetreibung ab 2015 erhält. Wir sollten in dieser Stadt Defizite abbauen und nicht neue heraufbeschwören.

Der letzte Absatz ist nicht von Frau Yzer, sondern von den Autoren dieses Beitrages.

Ed Koch

*Im März ist zu diesem Thema ein ausführlicher Bericht in paperpress erschienen.
Nachzulesen unter www.paperpress-newsletter.de Archiv März 5.3.2013 Stadtwerke und Berlin Energie.*